



BÜRGERINITIATIVE-A

für Nürnberg



BIA-Stadtratsgruppe, Postfach 610105, 90221 Nürnberg

Herrn OB
Dr. Maly

vorab per Fax

StR Ralf Ollert

Stadtratsgruppe
Rathaus-Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Tel./Fax: 0911/64 61 76
e-mail: bia-nuernberg@gmx.de

So2A

OBERBÜRGERMEISTER		
11. JAN. 2017 /.....Nr.....		
V	1 zur Kla.	3 Zur Stellungnahme
EP	2 z.w.V.	4 Antrag vor Aben- dung vorliegen
	X	5 Antwort zur Unter- schrift vorliegen

Man

Nürnberg, den 11.1.17

Zuzug von "Flüchtlingen" nach Nürnberg

Hier: **Dringlichkeits-** Antrag für die Stadtratsitzung am 25.1.17 (weitere Begründung ggf. mündlich)

Kopie: Ref. IV/Kult, BgA/B

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie verschiedene Medien (Focus und SZ am 8.11.16) berichteten, werden ab November 2016 Asylbewerber aus Griechenland und Italien per Charterflug nach Deutschland eingeflogen, um hier ein beschleunigtes Asylverfahren zu durchlaufen. Diese werden laut den Medienberichten zuerst in Erding bei München untergebracht und dann auf die Kommunen verteilt.

Gleichzeitig baut die Stadt Nürnberg die Aufnahmekapazitäten für Asylbewerber ständig aus. Als jüngstes Projekt jetzt der Ausbau von zwei früheren Verwaltungsgebäuden der Teppichfirma ARO im Schleifweg. Die Anmietzeit soll dabei immerhin 4 Jahre betragen. Es ist dann die 176. Flüchtlingsunterkunft in Nürnberg. In der Lobsingerstrasse steht ebenfalls bald eine Immobilie zur Verfügung, bereits bestehende sind oft bei weitem nicht voll belegt. Es drängt sich deshalb die Frage auf, mit wie viel Neuankömmlingen in absehbarer Zeit noch zu rechnen ist. Bereits jetzt leben über 8000 "Flüchtlinge" in Nürnberg. 1700 davon sind sogenannte "Fehlbeleger" (anerkannte und geduldete) in den Gemeinschaftsunterkünften, da sie verständlicherweise keine Wohnung auf dem freien Markt finden. Legt man nur den niedrigsten Betrag von 600 Euro pro Monat für die Unterbringung zugrunde, kosten alleine diese "Fehlbeleger" der Stadt Nürnberg über 1 Million Euro im Monat, da im Hartz IV-Bereich die Kommune die Kosten normalerweise selbst trägt.

Es drängen sich deshalb hier verschiedene Fragen auf:

1. Mit wie vielen Neuankömmlingen rechnet die Stadtverwaltung in absehbarer Zeit sowie speziell durch das Einflugprogramm der Bundesregierung und ist auch der Flughafen Nürnberg davon betroffen?
2. Mit wie vielen Nachzögern im Rahmen der Familienzusammenführung wird in absehbarer Zeit gerechnet?
3. Wer kommt für die Finanzierung der augenblicklichen Überkapazitäten im Unterkunftsbereich auf?
4. Welche Mittel muss die Stadt Nürnberg für die "Fehlbeleger" selbst aufbringen und wie erfolgt die Finanzierung im städt. Haushalt, in dem Kosten in dieser Höhe (siehe oben) nicht eingeplant sind? Wie sind hier die Zukunftsprognosen der Fallzahlen und die Auswirkungen auf den städt. Haushalt?
5. Verkraftet unsere Stadt aus Sicht der Stadtverwaltung einen Zuwachs von geschätzten ca. 50 000 mutmaßlichen "Neubürgern" nach der Familienzusammenführung und noch weiterem Zuzug mit allen seinen Auswirkungen? Der Bevölkerungsanteil dieser unserer Kultur fremden Gruppe würde bei diesem Szenario dann rd. 10 % betragen.

Die BIA stellt deshalb für die Stadtratsitzung am 25.1.17 den **Antrag**:

Die Stadtverwaltung berichtet über die "Flüchtlingssituation" unter besonderer Berücksichtigung unserer gestellten Fragen.

M.f.G.
Ralf Ollert, StR

BI-A Nürnberg